

Peter Marx
stellv. NPD-Parteivorsitzender

Zeitarbeit bedeutet die Abschaffung fast aller arbeitsrechtlichen Sicherheiten und der dringend notwendigen sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer hierzulande. Zudem zwingt die Zeit- und Leiharbeit den Arbeitnehmer, sich regelrecht zu jedem Preis zu verkaufen. Es sollen mit der Expansion der Zeitarbeit amerikanische Verhältnisse aufgebaut werden, wo es eben keine festen, sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätze mehr gibt. Man will den „kleinen Mann“ dazu zwingen, mehreren „Jobs“ nachzugehen, mit denen er sich gerade noch über Wasser halten kann. Um gegen diese Zustände vorzugehen, brauchen wir Ihre Hilfe. Unterstützen Sie uns im Kampf gegen Lohndumping, Sozialraub und Ausbeutung!

Wir Nationaldemokraten fordern:

Ein Verbot bzw. eine Einschränkung der Zeitarbeit mittels gesetzlicher Bestimmungen! Nach 6 bis 12 Monaten Beschäftigung eines Zeitarbeiters im selben Betrieb muß die Festanstellung im jeweiligen Betrieb erfolgen!

Gleiches Geld für gleiche Arbeit! Der Stundenlohn eines Zeitarbeiters ist dem Stundenlohn eines festangestellten Arbeitskollegen desselben Betriebes anzugleichen!

Die Anpassung des Kündigungsschutzes von Zeitarbeitern an die Kündigungsschutzbestimmungen, die für seine festangestellten Arbeitskollegen desselben Betriebes gelten!

Gleichqualifizierte Deutsche sind bei der Arbeitsvergabe Ausländern vorzuziehen!

Gesetzlicher Mindestlohn von 8,80 Euro pro Arbeitsstunde – auch für Zeitarbeiter!

Die Einführung einer Sondersteuer für Unternehmen, die regelmäßig und über längere Zeiträume Zeitarbeiter beschäftigen.

**Mitmachen.
Verändern.
Handeln.**

**Sozial
geht nur
national.**

**Gegen Lohndumping,
Sozialraub und
Ausbeutung**

**Stoppt
Zeit- und
Leiharbeit!**

- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte Mitglieder der JN werden (ab 14 Jahre).
- Bitte senden Sie mir das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“ zu (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).

Vorname

Name

Alter

Straße, Nr.

PLZ, Ort

ePost

Telefon

„Sozial geht nur national“ ist eine gemeinsame Kampagne von NPD und JN. Alle Texte und Berichte zur Kampagne können im Weltnetz eingesehen werden.



www.sozial-geht-nur-national.de



030 - 650 110



NPD, Postfach 84 01 57, 12531 Berlin



parteizentrale@npd.de



npd.de

jn-buvo.de

Eine Kampagne von:



Die Branche der Zeit- und Leiharbeit boomt

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es inzwischen über 4.500 Zeit- bzw. Leiharbeitsunternehmen mit über 8.500 Niederlassungen und ca. 700.000 Beschäftigten. Im Vergleich zu 1997 (mit 212.664 Beschäftigten) hat sich die Zahl der Zeitarbeiter in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht. Fachkreise rechnen bis zum Jahr 2010 mit einer weiteren Verdoppelung der Beschäftigten auf über 1.000.000.

Der Menschenhandel – ein lukratives Geschäft

Aufgrund des sehr geringen Eigenkapitalaufwandes (kleiner Büroraum, Tisch, Telefon, Pinwand und Notizzettel) ist es nicht gerade schwer, eine Zeitarbeitsfirma zu gründen und als Menschhändler ins Geschäft einzusteigen. Der Ertrag (oder besser: die Mieteinnahmen) dieser Firmen beläuft sich pro vermietete Arbeitskraft auf

ca. 500 bis 1.000 Euro im Monat. Davon sind lediglich noch evtl. Mietausgaben (Bürraum), Büroaufwandskosten und natürlich die hohen Bezüge (+Provisionen!) der sogenannten Personaldisponenten abzuziehen. Deutschlands größte Zeitarbeitsfirma Randstad mit über 45.000 Mitarbeitern setzte allein im Jahr 2006 1,3 Milliarden Euro um, gefolgt von dem Unternehmen Adecco mit einem Umsatz von rund 500 Millionen Euro. Die gesamte Sparte der Menschenhändler setzte im Jahr 2006 über 10 Milliarden Euro um. Der Adecco-Konzern mit weltweit über 700.000 Mitarbeitern, die in 70 Ländern tätig sind, kam letztes Jahr auf einen Gesamtumsatz von sage und schreibe 18,3 Milliarden Euro.

Der Handel mit Menschen scheint hierzu-lande wieder geduldet und offensichtlich auch sehr lukrativ zu sein.

Die Propaganda der Sklavenhändler wird immer dreister. In den Stellenanzeigen ist meist die Rede von „unbefristeten“, „sicheren“ und „gut bezahlten“ Arbeitsplätzen. Meist wird dem Stellensuchenden auch ein „Sprungbrett in die Arbeitswelt“ vorgegaukelt. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Die Arbeitsverträge sind meist auf drei oder sechs Monate befristet, man muß täglich damit rechnen, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Fakt ist auch, daß ca. 70% aller Zeitarbeiter weniger als drei Monate in den Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt sind. Und die Fakten zum angepriesenen „Sprungbrett in die Arbeitswelt“ sehen auch anders aus. Denn fast 80% der Zeitarbeiter werden eben nicht in den jeweiligen Kundenbetrieben in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Die Zusammenarbeit zwischen den Agenturen für Arbeit und den Zeitarbeitsfirmen ist der beste Beweis für die Unfähigkeit der Arbeitsämter. In der Regel meldet man sich bei den Agenturen für Arbeit nur noch arbeitslos und wird dann zeitgleich zu einer Zeitarbeitsfirma abgeschoben, die dann die eigentlichen Aufgaben der Arbeitsämter erledigt und dafür auch noch staatliche Zuschüsse bekommt. Seit dem 1. April 2003 kann jeder Mensch ab dem ersten Tag der Arbeitslosigkeit

vom Arbeitsamt gezwungen werden, sich einer PSA (Personal-Service-Agentur) zur Verfügung zu stellen, einer Leiharbeitsfirma, die Arbeitnehmer im Auftrag der Bundesagentur zu Niedrigstlöhnen in befristete Arbeitsverhältnisse zwingt.

Aber die Zeitarbeit schafft doch neue Arbeitsplätze... oder?

Die oft gehörte Behauptung, daß Zeitarbeitsfirmen neue Arbeitsplätze schaffen, ist natürlich reine Stimmungsmache und totaler Blödsinn! Es werden vielmehr feste und gut bezahlte Arbeitsplätze von diesen Firmen vernichtet und durch Billiglöhner ersetzt. Das beste Beispiel hierfür ist die Verlagerung von zehntausenden Telekom-Mitarbeitern in sogenannte „Service-Gesellschaften“, die im Grunde nichts anderes als einen Zeitarbeitsbetrieb darstellen und nur dazu dienen, die vorher festangestellten Mitarbeiter entlassen zu können und zu weit-aus billigeren Konditionen wieder einzustellen.

**Sozial
geht nur
national.**

Auf den Punkt gebracht

Zeitarbeit ist Menschenhandel



**Stoppt
Zeit- und
Leiharbeit!**

**Die einen
arbeiten –
die anderen kassieren.**

**Die Propaganda der Zeitarbeitsfirmen
und die Bundesagentur für Arbeit**

Der unter Vertrag stehende Arbeitsklave muß sich im Gegensatz zu einer Festanstellung in den Betrieben (in die er vermietet wird) mit einer erheblichen Beschneidung seines Nettolohnes, der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, seines Urlaubsanspruches, des Bezugs von Weihnachts- und Urlaubsgeld und seines Kündigungsschutzes abfinden. Des weiteren mindert sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld und auf den Rentenbezug im Alter, weil die Abführung der Beiträge in die Arbeitslosenversicherung und in die Rentenkasse (durch den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer) nach dem Stundenlohn berechnet wird. Dieser Stundenlohn beträgt in der Regel bei Hilfskräften zwischen 4,50 Euro und 7 Euro und bei Fachkräften zwischen 4,50 Euro und 9 Euro. Wobei der Sprung über 7 Euro selten der Fall ist.

An die abgeschlossenen Tarifverträge für die Zeitarbeitsbranche, wo unter anderem ein Stundenlohn von 7,38 Euro festgeschrieben steht, halten sich die wenigsten Zeitarbeitsbetriebe und/oder sind überhaupt nicht als Tarifpartner an die Tarifverträge gebunden. Laufende Tarifverträge werden so legal unterwandert und ausgehöhlt. Zu der schlechten Bezahlung kommt oft noch ein häufiger Wechsel der Einsatzorte mit langen Anfahrtswegen hinzu, was eine regelrechte Zwangsmobilität erfordert und mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Zudem gelten Zeitarbeiter in den Kundenbetrieben oft auch als „Arbeiter zweiter Klasse“. Und die festangestellte Belegschaft eines Betriebes, in dem auch Zeitarbeiter arbeiten, wird bewußt von ihren eigenen Firmenchefs massiv unter Druck gesetzt. Denn „man“ könnte ja jederzeit billigere Arbeitskräfte in beliebiger Menge bei den Zeitarbeitsfirmen ordern.

Tatsache ist auch, daß die Leihbetriebe die Zeitarbeit nicht mehr (wie ursprünglich gedacht) zum Ausgleich von Produktionsspitzen einsetzen, sondern um Löhne zu drücken, soziale Mindeststandards zu unterlaufen, Tarifverträge auszuhöhlen und Beschäftigte gegeneinander auszuspielen. Seit 2004 dürfen nämlich Zeitarbeiter unbefristet lange an den gleichen Kundenbetrieb verliehen werden. Es ist nicht selten der Fall, daß in einem Betrieb mehr Zeitarbeiter als festangestellte Mitarbeiter beschäftigt sind.